

# Brieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraph-Adresse  
"Tageblatt", Riesa.

Fernsprechstelle  
Nr. 20.

## Amtsblatt

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

N. 28.

Donnerstag, 4. Februar 1897, Abends.

50. Jahrz.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch unsere Träger frei bis Haus 1 Mark 50 Pf., bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch den Briefträger frei bis Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Ausgabe für die Kunden des Aufgabertages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle Konstantinstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

Anzeigen für das "Riesaer Tageblatt" erhalten und die spätere Vormittags 9 Uhr des jeweiligen Aufgabertages.

Die Geschäftsstelle.

### Bekanntmachung.

Die in Gemäßheit von Artikel II, § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetz-Blatt Seite 245 fgl. — nach dem Durchschutte der höchsten Tagespreise des Hauptmarktes Großenhain im Monat Dezember vorigen Jahres festgesetzte und um fünf vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Dauertierwirthen innerhalb der Amtshauptmannschaft Großenhain im Monat Januar dieses Jahres an Militär-Pferde zur Verabreichung gelangende Marschfouage beträgt:

8 Mt. 08,5 Pf. für 50 Kilo Hafer,  
3 = 67,5 = 50 = Heu,  
2 = 10 = 50 = Stroh.

Königliche Amtshauptmannschaft Großenhain,  
am 30. Januar 1897.

v. Wilnsd.

Tn.

### Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.** Wie die "D. P. R." hören, sollen demnächst die Finanzminister der einzelnen Bundesstaaten zu einer Besprechung in Berlin zusammenkommen.

Herr Liebknecht ist wieder auf Steinen, um im Ausland nach Möglichkeit sein Vaterland zu beschimpfen und die traurige Eigenschaft, durch die sich die deutsche Sozialdemokratie vor der andern Länder auszeichnet, nämlich in der Niedrigkeit der Belehrung selbst vor offensarem Vaterlandsverrat nicht halt zu machen, auf's Neue zu befunden. Jetzt begnügt der Parteigreis die Niederlande mit seiner Anwesenheit und hat in einer zu Delft gehaltenen Rede, wie die "Deutsche Wochenztg." in den Niederl. mittheilt, folgenden Satz fertig gebracht:

Die deutsche Armee kann geschlagen werden, denn das Kriegsgefüll wechselt; dann ist die Zeit der Sozialdemokratie gekommen. Der Kampf um die Macht kann anfänglich möglicherweise unblutig sein, später aber wild, wodurch er blutig werden.

Der Umstand, daß Liebknecht zu Denen gehört, die die Alterschwäche schwach macht, hat den "Genossen" schon älter Verlegenheiten bereitet und hat auch dem Alten auf dem Parteitag die bekannte able Behandlung eingetragen. Der "Vorwörts" sucht deshalb die Sache abzuleugnen, was aber an der Wirkung nicht viel ändern wird.

Während fast alle Einnahmequellen des Reiches für das laufende Jahr überschlässe gegen das Vorjahr aufweisen, hat die Börse einen beträchtlichen Rückgang ihrer Einnahmen zu verzeichnen. Das Weniger am Ende des Staatsjahrs wird sich auf etwa 4 Millionen belaufen. Die Börsesteuer gehört zu den Einnahmen des Reichs, welche den Einzelstaaten überwiesen werden. Die Mehrerträge bei den Zöllen und der Branntweinverbrauchsabgabe werden diesen Windertrag weit mehr als ausgleichen.

**Vom Reichstag.** Obwohl es allmählich wohl ebenso langweilig ist, von den Verte im Reichstag zu lesen, als über sie zu schreiben, wollen wir doch, so bemerkt die "L. R." in ihrem Bericht, nicht unerwähnt lassen, daß Herr v. Buol gestern die Sitzung mit der niedrigsten bisher erreichten Präsenzziffer, nämlich mit 9 Reichsboten, eröffnen mußte. Allmählich sandten sich gegen 50 Abgeordnete ein, und dieser hochanständigen Versammlung empfahl Staatssekretär Niederding den Entwurf einer Grundbucheordnung. Er pries ihn als Ausbau des Bürgerlichen Gesetzbuches und legte es dem Hohen Hause nahe, mit den zahlreichen Reservorechten, die der Landesgesetzgebung der Bundesstaaten im Entwurf vorbehalten seien, recht glimpflich umzugehen, um das Vertrauen zu dem neuen Recht in den Einzelstaaten nicht zu erschüttern. Der Entwurf kam im Hause eine durchaus freundliche Aufnahme. Jede Partei schickte einen Juristen aus ihren Reihen vor, die Conservativen sogar ihrer zwei, um mit dem Ausdruck der Zustimmung im Allgemeinen einige Abänderungswünsche vorzubringen. So verlangte das Centrum, für das der Abg. Spaeth sprach, eine absolute Ostung des Staats, während die Conservativen in der Zugänglichkeit des Grundbuchs für Dritte eine Gefahr erblickten. Außer bei dem außerordentlich der Debatte folgenden Staatssekretär Niederding fanden die Reden im Hause wenig Aufmerksamkeit; vielmehr war das Stimmgewirr in dem bei seiner Rede stark widerhallenden Saal oft so laut, daß die Reden auf der Tribüne nahezu unverständlich blieben. Am Ende des

Bundesrats wohnte auch Graf v. Posadowsky, dem letzten Theil der Sitzung bei; auch Fr. v. Marschall ließ sich einige Augenblicke sehen. Die Vorlage wurde schließlich auf Entzug des Abg. Spaeth der 16. Commission übertragen, die soeben ihre Arbeit an dem Zwangsversteigerungs-Entwurf beendet hat. Den zweiten Theil der Sitzung sollte die Beratung der Konvertitungsvorlage für das Reich aus. Der Schatzsekretär beschäftigte sich bei ihrer Begründung unter dem Hinweis auf den fast gleichlautenden preußischen Entwurf und die langen Debatten, die sich an diesen im Abgeordnetenhaus gelnüpft hätten, latonischer Kürze. Nicht alle Redner im Hause thaten dergleichen. Die Gegner der Vorlage konnten Neues natürlich ebenso wenig vorbringen, als ihre Freunde. Die Opposition war angesichts des bereits erfolgten Vorgehens der ausschlaggebenden Bundesstaaten auch durchaus resignirt. Die Mehrzahl der Redner gab sich ungern mit der Heraussetzung auf nur 3½, v. B. zufrieden und sandte die garantirete Sitzzeit von 8 Jahren zu lang. Herr Lieber leistete sich natürlich wieder einen kleinen Ausfall gegen den "Herrn Staatsminister Dr. von Miquel"; ernstlicher Widerspruch wurde aber nicht laut, ebenso wenig wurde ein Antrag auf Commissionsverweisung gestellt. Heute Schwerinstag.

**Oesterreich.** Die "Versöhnung der Tschechen" — so bezeichnet man in der öffentlichen Sprache die Slavisationsbestrebungen der Regierung — läßt sich immer besser an. Die Mitteilungen über die Sprachenverordnungen werden noch durch weitere Angaben ergänzt, welche deutlich beweisen, daß die Regierung in streng slawischen Sinne vorzugehen bestreift und daß man Jagdstände an die Tschechen zu erwarten hat, denen gegenüber die Maßnahmen Taaffes keine Änderungen sind. Die Sprachenverordnung für Böhmen und Mähren wird jedenfalls vor dem Reichsrathswahlen veröffentlicht werden. So berichtet in Bestätigung anderer Meldungen der tschechische "Hlas Naroda", der zugleich eine besondere Sprachenverordnung zur Regelung der dreisprachigen Gleichberechtigung für Schlesien ankündigt. Als die nächste Einladung an die Tschechen werden die tschechische Universität und das tschechische Polytechnikum in Olmütz bezeichnet, deren Errichtung in das Programm der Thronrede aufgenommen werden soll. Die weitere Entwicklung der böhmischen Frage wird von dem Verhältnisse der Jungtschechen zum Grafen Boden im nächsten Abgeordnetenhaus abhängen. Fügen sich die Jungtschechen seitens eines eisernen Ring ein, den Graf Boden für seine künftige Mehrheit schmieden will, dann sollen sie sowohl einen Landesmann-Minister als einen Ressortminister zur Vertretung der tschechischen Nation erhalten. Merkwürdigerweise soll nach der Ansicht der Regierung diese Mehrheit auch die Rechte der liberalen Partei und den verfassungstreuen Großgrundbesitz umfassen. Was sich doch diese Rechte der ehemaligen "Staatspartei" alles zumuthen lassen müssen! Die Regierung will Alles anbieten, um die Jungtschechen für den österreichisch-ungarischen Ausgleich zu gewinnen, der, wie es heißt, für sie ganz annehmbar sein dürfte. Die Deutschen haben dabei die Recke zu bezahlen.

**Belgien.** Die Prinzessin Luise von Coburg, die älteste Tochter des Königs der Belgier, hat das Haus ihres Gatten, des Prinzen Philipp, in Wien verlassen; ein heftiger Auf-

Mittwoch, den 10. Februar 1897,

Vorm. 10 Uhr,

kommen im Hotel zum „Kontrping“ hier 1 Pferd, (1 brauner Wallach) und 2 Kutschwagen gegen sofortige Bezahlung meistbietend zur Versteigerung.  
Riesa, 1. Februar 1897.

Der Ger.-Vollz. beim R. Amtsger.

Sch. Cidam.

### Bekanntmachung.

Diejenigen Personen, welche im laufenden Jahre Anschluß an das Fernsprechnetz zu erhalten wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldung recht bald, spätestens aber bis zum 1. März zu bewirken. Anmeldungen nimmt das Kaiserliche Postamt in Riesa entgegen.

Auf die Herstellung der Anschlüsse im laufenden Jahre kann nur dann mit Sicherheit ge- rechnet werden, wenn die Anmeldungen bis zu dem oben angegebenen Zeitpunkte erfolgen.

Dresden, 1. Februar 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Halte.

Sch.

die Veranlassung zu diesem Schritt. Die ganze Spannungsfrage hat laut "Boss. Blg." auch eine gewisse politische Bedeutung und macht einen Plan des belgischen Königs endgültig ein Ende. Bekanntlich ist es mit der Thronfolge in Belgien schwach bestellt. Der König hat keinen Sohn, sein Bruder, der Graf von Flandern, ist so schwerhörig, daß an seine Thronbesteigung nicht zu denken ist. Die ganze Thronfolge ruht somit auf dem einzigen Sohne des Grafen von Flandern, dem Prinzen Albert, der körperlich auch sehr schwach ist. Der König wollte die beiden Söhne des Prinzen Philipp und der Prinzessin Luise an den belgischen Hof kommen lassen; sie sollten naturalisiert und als belgische Prinzen erzogen werden. Der Plan des Königs stand in den maßgebenden Kreisen Belgiens infolge der Unbeliebtheit des Prinzen Philipp eine sehr getheilte Aufnahme; jetzt ist er als bestätigt anzusehen.

**Griechenland.** Die Nachrichten über Unruhen auf Kreta kommen nicht unerwartet. Man konnte voraussehen, daß die griechische Bewegung sich mit Annäherung des Frühjahrs geltend machen würde. König Georg von Griechenland selber hat den Anfang gemacht mit militärischen Vorbereitungen, welche zeigen, daß er es für nötig ansieht, Griechenland für alle Fälle gerüstet zu halten. Es liegen ferner bestimmte Anzeichen vor, daß der "national-griechische Verband" sich auf ein großes Vorgehen vorbereitet. Der englische Leiter der englisch-ägyptischen Bank hat fürlich zu seinem Erstaunen bedeutende Summen für jenen Verband erhalten und es hat sich bei näherer Untersuchung herausgestellt, daß dieser von Alexandrien aus Rundschreiben an die in Ägypten, Numärien und Asyria wohnenden Griechen mit der Aufforderung gesandt hat, den Verband zu unterstützen, "damit dieser das Ziel erreichen könne, das er sich gesetzt habe." Diese griechische Geheimgesellschaft hat sich die Aufgabe gesetzt, die von Griechen bewohnten Länder, die noch unter türkischer Herrschaft stehen, mit dem Königreiche Griechenland zu vereinigen. Es wird behauptet, daß die griechischen Offiziere, die letztes Jahr ohne Urlaub nach Kreta zogen, Mitglieder des Verbandes seien, und daß dieser überhaupt im griechischen Heere viel Mitglieder zähle. — Außer auf Kreta macht sich übrigens auch in Mazedonien eine Bühnung bemerkbar, sodaß die Porte an die griechische Regierung bereits eine Note gerichtet hat, worin sie über den Einfall griechischer Banden in jene Provinz klagt und mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen droht.

### Örtliches und Sachliches.

Riesa, 4. Februar 1897.

In der am Dienstag stattgefundenen öffentlichen Stadtverordnetensitzung waren anwesend sämtliche Mitglieder des Kollegiums bis auf Herrn Stadtr. Barth, der entschuldigt ausgebildet war. Als Rathädepurte wohnten der Sitzung bei die Herren Bürgermeister Voeters und Stadtrath Heinrich. Unter Leitung des Vorsitzenden des Kollegiums, Herrn Wendt Thost, gelangten nachfolgende Gegenstände zur Beratung und resp. Beschlussschaffung:

- Bezüglich der vom Kirchenvorstande beschlossenen Anstellung eines Hilfsgeselllichen resp. der vom Kollegium hierzu erforderlichen Mittel hatte letzteres in seiner Sitzung vom 8. Dezember v. J. einstimmig gegen die Stimme des Stadtr. Dr. Wende beschlossen, dem Rathädepurte, nach welchem von

einer dahingehenden Beschlussfassung zur Zeit abzusehen, vielmehr erst die nötigen Unterlagen zur Begründung der Bedürfnisfrage abzuwarten seien, beizutreten. Von diesen Beschlüssen beider städtischer Kollegien hatte der Rath dem Kirchenvorstand Mittheilung gemacht. Der Kirchenvorstand begründet nunmehr seinen Beschluss damit, daß die Kirchengemeinden Riesa und Weida in den letzten Jahrzehnten bedeutend gewachsen seien, während die Anzahl der Geistlichen dieselbe geblieben sei. Beide Kirchengemeinden hätten früher zusammen 6000 Einwohner gehabt, während sich deren Zahl jetzt zusammen auf ca. 14 000 beziffere. Die kirchlichen Arbeiten seien daher entsprechend gewachsen, außerdem lämen hierzu die vielen Krankenbesuche in den Anstalten und in den Familien, die Besuche bei den Gefangenen und im Rettungshause, die Katastrosenunterredungen etc.; es sei den beiden Geistlichen hierauf für die Folge nicht mehr möglich, ihren Pflichten nachzukommen. Außerdem sei in Aussicht genommen, in Weida regelmäßig an den Sonn- und Feiertagen Gottesdienste abzuhalten. Diese Begründungen des Kirchenvorstandes hat der Rath anerkannt und in seiner Sitzung vom 12. Januar er beschlossen, für die Zeit vom 1. Oktober 1897 bis ult. d. J. zur Befolzung eines Hilfsgeistlichen 425 M. Gehalt einschließlich Wohnungsgeldentschädigung, von da ab aber jährlich 800 M. zu genanntem Zwecke in den Haushaltplan einzustellen. Der Rath ist hierbei von der Vorausicht ausgegangen, daß das Königl. Konsistorium, wie wohl zu erwarten, einen jährlichen Beitrag von 500 M. die Gemeinde Weida aber einen solchen von 400 M. jährlich beitrage. Kollegium wird nunmehr ersucht, diesem Rathbeschluß beizutreten. Der Herr Vorsitzende giebt zunächst bekannt, daß der Rath vor seiner Entscheidung bei 29 Städten des Landes Erfahrungen eingezogen nach der Anzahl der Geistlichen im Verhältniß zu der vorhandenen Seelenzahl. Nach diesen Ergebnissen stellt sich das Verhältniß durchgängig und zum Theil recht erheblich günstiger als in Riesa. Weiter heißt der Herr Vorsitzende mit, daß sich die Gemeinde Weida zu der Frage der Anstellung eines Hilfsgeistlichen ablehnend verhalte, für die Folge auch jährlich nicht 400 M., sondern nur den nach Verhältniß der Seelenzahl und der Seeleneinheiten sich ergebenden Theilbetrag zahlen wolle. Bürgermeister Boeters bemerkte hierauf, daß man sich der Anstellung eines Hilfsgeistlichen nicht werde entziehen können. Den Besluß der Gemeinde Weida halte er für ungerecht. Weida habe bei seiner Beschlussfassung jedenfalls die Gemeinden Poppitz und Mergendorf im Auge gehabt, das Verhältniß sei aber ein ganz anderes, diese Gemeinden beanspruchten auch keine besonderen Predigten. Stadtrath Hammisch fragt an, welche Seelenzahl die Anstellung eines dritten Geistlichen nach dem Gesetz erfordere. Bürgermeister Boeters beantwortet die Anfrage dahin, daß als Maximum 18 000 Seelen erforderlich seien. Stadtrath Hammisch führt darauf in längerer Rede aus: es seien jetzt noch nicht 14 000 Seelen und wenn die Katholiken und die Juden abgerechnet würden, noch weniger. Das seien für zwei Geistliche nicht zu viel, die Arbeiten des Schuldirektors seien viel bedeutender. Die Frage der Vermehrung der Geistlichen habe seines Wissens in der Bürgerschaft nicht viel Anlang gefunden, er sieht keine sie auch nicht unterschüren. Wenn aber etwas dagegen gesagt werde, so heife es: „der ist auch nicht kirchlich geistlich“. Das sei aber bei ihm nicht der Fall. Stadtrath Betschmann schlägt sich den Ausführungen des Herrn Vortrainers an. Wenn von den jetzt ca. 14 000 Einwohnern die nicht zur Kirche gehörigen abgerechnet werden, verbleiben höchstens noch 12 000, das Maximum gehe aber bis 18 000. Man sollte mit der Frage der Anstellung eines Hilfsgeistlichen doch bis nächstes Jahr warten, um erst zu wissen, was der Kirchenbau kostet und wie sich die Verhältnisse gestalten. Wenn auch das Konsistorium zur Befolzung der Stelle etwas beitrage, so koste es der Stadt immer noch zu viel. Für unbedingt nothwendig halte er die Vermehrung der Geistlichenstellen nicht. Stadtrath Heldner bemerkte, über die Bedürfnisfrage habe lediglich der Kirchenvorstand zu entscheiden, Kollegium habe nur über die erforderlichen Mittel zu bestimmen. Die Vermehrung koste der Stadt jährlich nur 800 M. und das könne sie wohl bezahlen, wie es nach den vom Rath eingezogenen Erfahrungen andere Städte ja auch könnten. Stadtrath Hammisch: Die Geistlichen hätten früher mehr Arbeiten gehabt, wie jetzt, durch Errichtung der Standesämter sei ihnen viel Arbeit genommen. Früher habe die Parochie 4000 Seelen gehabt und nur einen Geistlichen und einen Pastor zur Hilfe. Stadtrath Dr. Wende: Aus dieser leichteren Ausführung gehe umso mehr hervor, daß jetzt erst recht ein dritter Geistlicher notwendig sei. Im Uebrigen bezeugt Redner, daß der Kirchenvorstand bei Erzeugung der letzten Kirchenrevision veranlaßt worden sei, zu der Frage der Vermehrung der Geistlichen schon jetzt Stellung zu nehmen. Stadtrath Richter meint, man könne doch jetzt schon eine Summe in den Haushaltplan einstellen, bevor man nicht die Gewissheit habe, daß das Konsistorium 500 M. und die Gemeinde Weida 400 M. jährlich zur Errichtung der neuen Stelle beitragen. Stadtrath Heinrich empfiehlt den Rathbeschluß, welcher die vom Stadtrath Richter bezeichneten Vertragaleistungen voraussetze, zur Annahme. Hierauf wird der Rathbeschluß mit 13 gegen 4 Stimmen (Stadtrath Hammisch, Müller, Betschmann und Thalheim) angenommen unter der Voraussetzung, daß das Konsistorium jährlich 500 M. und die Gemeinde Weida jährlich 400 Mark zur Dotirung der dritten Geistlichenstelle beitragen.

2. Der Rath hat beschlossen, an Stelle der defekt gewordenen eisernen Dampfblase des städtischen Desinfektionsapparates eine kupferne Dampfblase mit patentierter Schleuderungsanlage zu beschaffen und hierzu nach einem Anschlage des Kupferschmiedemeisters Döllisch die Summe bis zu 300 Mark zuverlässig. Die Arbeit resp. Befestigung einschließlich der Einmauerung soll dem Genannten übertragen werden.

unter der Bedingung der Garantieleistung für genügende Heizkraft und Dampfentwicklung. Kollegium wird um Zustimmung zu diesem Rathbeschluß ersucht. Stadtrath Hammisch fragt an, ob denn der Apparat so wenig gebraucht werde, er könne doch sonst nicht verrostet und defekt sein. Bürgermeister Boeters bemerkt darauf, der Apparat werde nur abwechselnd gebraucht und deshalb könne eine Verrostung leicht eintreten. Der Rath habe von einer Reparatur des Kostenpunktes wegen absehen, vielmehr den Anschlag Döllisch's, der ihm vortheilhafter erschien sei, angenommen. Uebrigens habe der Apparat gute Dienste geleistet bei Desinfektionen in Folge von Diphtherie und anderen ansteckenden Krankheiten, insbesondere sei derselbe in letzterer Zeit auch viel von Landkreis benutzt worden, die in Folge der aufgetretenen Maul- und Klauenseuche die Kleiber u. ihres Geflügels hätten desinfizieren lassen. Außerdem sei für die Folge eine billigere Heizung zu erwarten, da nach Fertigstellung des Apparates derselbe mit Braunkohle erfolgen könne. Stadtrath Betschmann sieht zu bedenken, daß möglicher Weise die kürzerne Blase Brükspan ansiehe, dieser aber, durch den Dampf gelöst, an die zu desinfizierenden Kleidungsstücke u. getrieben werden und dadurch Schaden anrichten könne. Diese Bedenken werden durch die Erklärungen des zwischen herbeigeschrittenen, jede Desinfektion leitenden Stadtbaumeisters Hause ausdrücklich widerlegt. Stadtrath Heinrich empfiehlt dennoch, bei Herrn Döllisch anzufragen, ob eine Bezeichnung der neuen kupfernen Dampfblase nötig sei. Stadtrath Wiese glaubt, der Apparat werde zu wenig benutzt und schlägt deshalb häufigere Entfernung der Benutzung im öffentlichen Blatte vor. Bors. Thost bemerkt, daß die Empfehlungen im Blatte wiederholt würden, die letzte datir vom 3. October v. J. Börgermeister Boeters konstatiert, daß während der Jahre 1895 und 1896 in jedem Monat wiederholt benutzt worden sei, außer im Februar 1895. Der Rathbeschluß wird hierauf einstimmig genehmigt.

3. Auf ein Geheft des Stadtbaumeisters Hause um Beschaffung neuer Dienstkleider an Stelle der gänzlich defekten für 4 Nachtwächter hat der Rath beschlossen, demselben stattzugeben und 150 Mark zur Beschaffung von 4 neuen Mänteln zu verwilligen. Ohne weitere Debatte schließt sich Kollegium dem Rathbeschluß einstimmig an.

4. Herr Schiffseigner E. Herig. Hering hat sich mit einem Geheft an den Rath gewandt wegen vachtweiser Überlassung eines 40 bis 50 qm großen Platzes auf städtischem Niederlagsboden in Nähe seines Waagebüchens zum Zwecke der Aufstellung von Wagen. Nach einer Rückfrage des Stadtbaumeisters erachtet derselbe eine solche Fläche zu genanntem Zweck für zu klein, schlägt vielmehr vor, Herrn Hering eine Fläche von 70 qm zu überweisen. Der Rath ist diesem Vorschlage beigetreten, der Vorschlag soll pro Quadratelle und Jahr 5 Pfg. betragen. Kollegium wird um Zustimmung ersucht. Stadtrath Heinrich fragt an, ob Herr Hering den Platz auch als Lagerplatz benutzen darf, in diesem Falle erscheine ihm der Preis zu niedrig. Stadtrath Heinrich verneint die Berechtigung einer derartigen Verwendung des Platzes. Kollegium genehmigt einstimmig den Rathbeschluß.

b. Kollegium nimmt Kenntnis a. von einem Danachreihen des Rathboten Ernst Schröder für seine vom 1. Januar 1897 erfolgte Anstellung als Rathbote; b. von einem Danachreihen des Schlachthofrestaurateurs Schulze für die ihm für Bewirtschaftung der Schlachthofrestauratur gewobte, vom 1. Januar 1897 ab auf jährlich 1200 Mark herabgesetzte Kauftermittlung; c. von einer Einladung des Kgl. Sächs. Kriegervereins "König Albert" zu seinem am Donnerstag, den 4. Februar er. Abends 8 Uhr im Hotel Wettiner Hof stattfindenden Wintervergnügen. Hierauf geheime Sitzung.

— Im Anschluß an unsere Notiz im Nr. 16 d. Bl. vom 21. Januar a. c. wollen wir nicht unermüdet lassen, daß gestern unter erfreulicher Beteiligung der lieben Handlungsbüchsen eine Ortsgruppe Riesa im Verband deutschnationaler Handlungsbüchsen gebildet worden ist und zunächst alljährlich Donnerstag Abends im Hotel Winkl ihre Zusammenkünfte abhalten wird. Reder Kaufmann, wohlauf mit den Vorberungen des Verbandes, der treu zu Kaiser und Reich hält, Besserung der Lage der Handlungsbüchsen in sozial-politischer Hinsicht anstrebt, kompatibel ist, wie man uns mittheilt, in den Versammlungen willkommen und sind auch der Vertrauensmann, Herr Wold, Großh. sowie dessen Stellvertreter, Herr Rud. Weigel, Bahnhofstraße 3 I, zu jeder Auskunft gern bereit.

— Diejenigen, welche Anschluß an das liebste Fernsprechamt zu erhalten wünschen, seien auf die Bekanntmachung des Kaiserl. Oberpostdirektors in heutiger Nr. d. Bl. aufmerksam gemacht, wonach Anmeldungen bis spätestens 1. März zu erfolgen haben. Die liebste Fernsprechanstaltung hat gegenwärtig 61 Theinhäuser, sie hat sich von Jahr zu Jahr erweitert.

— In Folge des neu einzutretenden starken Frostes und da auf den Straßen noch genug Schnee vorhanden ist, gegenwärtig, wie man uns mehrheitlich versichert, die Schlittenbahn ausgezeichnet. Wer also die seltene Gelegenheit zu einer lustigen Schlittenfahrt benutzen will, der beeile sich, denn „über Nacht, über Nacht verschwindet oft des Winters Bracht.“ — Morgen Nachmittag veranstaltet der Landwirtschaftliche Verein zu Riesa eine Schlittenpartie nach Kommaß.

— Der erste Schmetterling in diesem Winter hat sich auf unserer Redaktion prompt wieder eingestellt, bereits vor einigen Tagen wurde er, in einem Papptäschchen sorgfältig verwahrt, uns präsentiert. Der gelbe Käfer, der ganz unten sich befindet, ist als „erster Venzenbote“ doch etwas zu voreilig gewesen und er wird, wenn man ihn nicht sorgfältig vor den Gefahren des Winters schützt, seinen Fürwig wohl mit dem Tode zu büßen haben.

— Die Ehefrau eines in der Wettiner Straße zu L. Badenau wohnhaften Maurers legte vorgestern früh ihr ½ Jahre altes Kind, welches sie aus dem Badewasser nahm, auf einen in der Nähe des Osens stehenden Tisch. Hierauf

nahm sie die im Kochen befindliche Milch aus dem Ofen heraus und stellte den Topf ebenfalls auf den erwärmten Tisch. Das unruhig gewordene Kind stieß unglücklicher Weise an den Topf an, worauf tierische umfall und das arme Wesen mit seinem Inhalt überstürzte. Das Kind erlitt schwere Brandwunden. Gestern Morgen ist es davon verstorben.

— Innerhalb der Generaldirektion der Königlich Sächsischen Staatsbahnen erwacht man gegenwärtig, wie dem „Freib. Ans.“ aus Dresden gekreiselt wird, tief einschneidende Reformen. Vor allen Dingen beabsichtigt man eine durchgreifende Veränderung und Vereinfachung im gegenwärtigen Schreibverkehr. Dazu gehört natürlich, daß die Befugnisse der unmittelbaren Verwaltungsdienststellen bei der Staatsbahndirektion erweitert werden und hierdurch wieder die Generaldirektion selbst von übermäßigem Schreibwerk entlastet wird. Nach einer der Generaldirektion überreichten Denkschrift, welche von einer Anzahl hervorragender Beamter ausgearbeitet worden ist, sollen 11 Fachdirektionen in Sachsen errichtet werden, und zwar für breit begrenzte Bezirke des Bahnbewachungs-, des Unterhaltungs- und des Stationsdienstes bez. einzelne Theile des Verkehrsdienstes, ferner eine Transportdirektion für den Zugbegleitungsdiensst für den Fahrbetrieb und andere den Zugbegleitungsdiensst für den Fahrbetrieb und die mit diesem zusammenhängende Materialienverwaltung, eine Verkehrsdirektion für den Güterverkehrsdienst, eine Telegraphendirektion für die Unterhaltung der Telegraphen- und sonstigen elektrischen Anlagen, eine Werkstattendirektion für den Werkstattendienst und die Materialverwaltung. Dergleichen sollen die Befugnisse des Ingenieur-Direktors noch erweitert werden. Abgesehen von der wirtschaftlichen Bedeutung würde die Errichtung solcher Fachdirektionen das Uebermaß des städtischen Betriebs mit der Generaldirektion der Königlich sächsischen Staatsbahnen selbst böte diese Organisation eine acceptable Peripherie, denn es könnten zur Leitung und Kontrolle dieser Fachdirektionen Beamte herangezogen werden, die in der Praxis des betreffenden Dienstzweiges erfahren und erprobten sind. Schon die Möglichkeit des Aufzähmens in solche oberste Dienststellen würde gegeben sein, auf der einen Seite die Lust und Liebe im Berufe und das Streben nach steter Verbesserung in diesen Beamtenkreisen rege zu erhalten, während auf der anderen Seite die Interessen der Verwaltung gefördert würden. Durch diese Neuorganisation würde sich eine Verkürzung der obersten Dienststellen in ganz Sachsen nötig machen, denn es würde z. B. in Leipzig, Chemnitz, Zwickau etc. derartige Dienststellen errichtet werden. Von Dresden aus würde sich hierdurch ein Verzug vieler Eisenbahndienstbeamten nach der Provinz nöthwendig machen.

— Bei Beratungen über Binsenzahlung, insbesondere wenn es sich um Vergünstigung von Hypothekenkapitalien handelt, werden erfahrungsmäßig gewöhnlich die Zahlungstermine auf die Kalenderquartale gelegt. Wird nun in einem sozialen Hause der Beitrag im Laufe eines Kalenderquartals geschlossen, ohne daß darüber, an welchem Tage die erste Binsenzahlung erfolgen soll, etwas bestimmt wird, so ist es zweifelhaft, wenn die erste Binsenzahlung fällig ist. Diese Frage hat nun neuerdings das Königl. Oberlandesgericht zu Dresden für das in Sachsen geltende Recht dahin entschieden, daß der Gläubiger die erste Binsenzahlung erst dann fordern kann, wenn der Zeitraum, der für die Binsenzahlung maßgebend ist, einmal voll verstrichen ist. Wer also z. B. am 26. April vierteljährliche Binsenzahlung je an den Kalenderquartalen verpflichtet, hat erst am 1. October dieses Jahres die erste Binsenzahlung zu bezahlen; denn am vorhergehenden Quartalsende, das ist am 1. Juli, ist seit dem 26. April noch kein Vierteljahr verstrichen.

— Die von der Gesellschaft „Fortuna“ zu Jahnishausen für gestern abendraumte Schlittenpartie erfreute sich bei herrlicher Wahr und schönem Wetter der regten Teilnahme. 27 mit flotten, schöngeschmückten Rossen bespannte, meist hochsitzende Schlitten führten eine fröhliche Gesellschaft von gegen 100 Personen unter Musikkbegleitung um 1 Uhr im Jahnthale bis zur „Alten Post“ nach Staußig, wo man sich an einer Tasse Wotta labte. Die Rätsche erfolgte über Hahnsfeld, Seerhausen, Weidhäsler und Braunig nach Jahnishausen. Hier fand das Winterfest an reich bestücktem Tisch bei manch heiterem Worte und einem flotten Tanz, der erst in früher Morgenstunde seinen Abschluß. Den Verantwortlichen der Partie und dem älteren aufstrebenden Wirth bez. der Wirthschaft wurde allseitig Dank gesagt.

Moritzburg. Zwei junge Leute aus Wilkendorf wurden von einem Waldarbeiter beim Schlittenlegen überdeckt. Den anderen Tag gelang es auch dem Fortschrittsliedersänger mit noch mehreren Waldarbeitern, einen der Wirthschaften, als jünger im Begriff war, einen Haken aus der Schlinge zu entfernen.

+ Dresden. Ja der deutschen Kolonialversammlung (Abtheilung Dresden) hielt gestern Abends im weißen Saale der „3. Räden“ Premierlieutenant Märklin vor sehr zahlreichem Auditorium einen interessanten Vortrag über „Deutschlands Interesse an der politischen Entwicklung Südafrikas“. Redner, der sehr lebhafte Beifall fand, trat warm für die Kolonialbestrebungen Deutschlands ein, was mehr, als Deutschland heute eine Weltstellung einzunehmen. — Die Generalversammlung findet am 5. März statt.

\* Dresden. Dem Beispiel seines Collegen Emil Richter folgend, hat auch der Hypothekenbuchführer Amisgerichtsssekretär Kummel gegen seine Verurtheilung wegen Annahme von Geschenken für amtliche, an sich nicht pflichtwidrige Handlungen in 16 Fällen zu 3 Monaten Gefängnis, Einziehung des Empfangenen in Höhe von 841 M. 30 Pfg. und Verlust der Fähigkeit öffentliche Ämter bekleiden zu können auf die Dauer eines Jahres, Revision eingezogen.

Radebeul. Am Dienstag Nachmittag ereignete sich in dem umwallt der Baumwiese gelegenen, dem liebsten Architekten Schlesier gehörigen Bogoritzer Steinbruch ein bedauerlicher Unglücksfall. Dafür schlugen vier Arbeiter trotz des



